2015

Jahresbericht 2015 der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika

KASA
Kirchliche Arbeitsstelle
Südliches Afrika

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung 3

2. Arbeitsbereiche 4

Handelsfragen: *Economic Partnership Agreement* 4

Entschuldung im Südlichen Afrika: Rückkehr der Schuldenkrise 4

Landfrage 6

FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika
Dwaal net Rond – The Forgotten
15 Jahre Landreform in Simbabwe – Wo stehen wir heute

Soziale Sicherung 8

VENRO AG
BIG Namibia

Weitere Themen 8

Alternativen angesichts neoliberaler Globalisierung
Platin und die deutsche Industrie
Partnerschaftsarbeit
Afrika neu denken

Vernetzungsarbeit 11

Zimbabwe Europe Network ZEN
SADC People's Summit 2015

3. Ausstellungen 12

Wir werden uns Gehör verschaffen
So leben wir – Alltag in KwaZulu Natal

4. Ausblick 14

Anlagen 16

Reisebericht: Südliches Afrika 10. bis 31. Mai 2015
Publikationen

1. Einführung

Ein extrem ereignisreiches Jahr liegt hinter uns. Noch nie hat die KASA so viele Veranstaltungsanfragen wahrgenommen oder selbst Veranstaltungen mit Partnerorganisationen durchgeführt wie in diesem Jahr. Dazu beigetragen haben die Ende September 2015 verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) ebenso wie die hierzulande entbrannten Debatten über TTIP und CETA, die das Interesse an den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) wieder verstärkt haben. Zusätzlich führten die Auseinandersetzung mit Fluchtursachen infolge des immensen Flüchtlingsstroms in 2015 dazu, dass damit verwandte KASA-Themen, wie Handel, Rohstoff- und Landwirtschaftspolitik, erneut an Bedeutung gewinnen. Das Rückgreifen auf die fachlichen Kompetenzen der KASA in solchen Krisenzeiten, hat unsere prozessorientierte Arbeitsweise entlang langfristig angelegter Themen wieder einmal bestätigt und lässt uns auch weiterhin daran festhalten.

Interessant war in diesem Jahr zu beobachten, wie verschiedene Stränge ineinander greifen und neue Schwerpunkte bilden. So haben wir mit der Ausstellung über die Witwen von Marikana einerseits ein kunstinteressiertes Publikum erreicht und andererseits in Verknüpfung mit dem Film über das Massaker von Marikana selbst und dessen Bezug zu BASF als Aufkäufer des in Marikana geförderten Platins, eine neue Kampagne zur Unternehmens- und Lieferkettenverantwortung aufzubauen begonnen. Diese Beschäftigung mit den jüngsten Menschenrechtsverletzungen in Südafrika hat die Debatte um die Entschädigung der Apartheidopfer als Schwerpunktthema der KASA erweitert und verändert.

Die internationale Klage gegen Konzerne wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit ist vor US-amerikanischen Gerichten vorerst gescheitert und damit bleibt auch die Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfrage und die damit zusammenhängende Frage nach sozio-ökonomischer Gerechtigkeit nach wie vor ungelöst. Diese Probleme, einerseits in ihrer Kontinuität mit der Geschichte und andererseits aber auch in ihren neuen Erscheinungsformen zu erfassen, hat KASA in ihrer Arbeit 2015 aufgegriffen.

Die Dienstreise[1] führte das KASA-Team in diesem Jahr nach Sambia, Südafrika und Simbabwe. Der Schwerpunkt lag dabei auf Südafrika, weil die Landfrage ein zentrales Anliegen der diesjährigen Reise war und hierfür KASA über ein Netzwerk von Akteuren in Kapstadt verfügt, die es zu aktivieren galt. Außerdem konnte die KASA an einer landesweiten Videokonferenz zur Frage eines nationalen Mindestlohns teilnehmen und einen Beitrag über die Erfahrungen aus dem Grundeinkommensprojekt in Namibia leisten. Des Weiteren haben wir an mehreren Orten mit langjährigen südafrikanischen Partnern über die Frage nach neuen Formen von Solidarität unter veränderten Rahmenbedingungen diskutiert, die sich auch in der Jubiläumstagung der KASA 2016 niederschlagen wird. Diese Reise zeigte einmal mehr, wie wichtig der persönliche Kontakt zu Partnerorganisationen und deren Mitarbeitenden vor Ort ist, um geführte Diskurse einzuordnen und für den hiesigen Kontext nutzbar zu machen.

1 Ein ausführlicher Bericht zur Dienstreise 2015 findet sich im Newsletter 2/2015 sowie im Anhang.

Handelsfragen: *Economic Partnership Agreement*

Nachdem 2014 mit Westafrika (ECOWAS), Ostafrika (EAC) und dem Südlichen Afrika (SADC) drei afrikanische EPA-Regionen ein umfassendes Abkommen unterzeichnet bzw. paraphiert hatten, stand 2015 unter dem Zeichen der Rechtsförmigkeitsprüfung und der Ratifzierungsprozesse. Als erstes sollte das Westafrika-EPA durch den Ratifizierungsprozess auf europäischer Ebene gehen. Dies wurde aufgrund der Tatsache verschoben, dass es für das Europa-Parlament irritierend erschien, ein Abkommen zu ratifizieren, das von einigen der beteiligten Länder in Westafrika selbst noch nicht unterzeichnet wurde – allen voran Nigeria als die größte Volkswirtschaft der Region und Afrikas insgesamt.

Angesichts dieser Entwicklungen fanden im EU-Parlament 2015 lediglich einige Anhörungen diesbezüglich statt. Die KASA hat sich im Laufe des Jahres in die Meinungsbildungsprozesse im EU-Parlament eingebracht, unter anderem mit einem Lobbybrief und vor allem mit mehreren Treffen mit EU-Abgeordneten in Brüssel, in Tunis am Rande des Weltsozialforums sowie in Heidelberg. Darüber hinaus hat die KASA im Juni die Bildungs- und Lobbyreise einer Gruppe von NROs aus Baden-Württemberg nach Brüssel begleitet. Die EPAs gehörten zu den mit den VertreterInnen der Kommission und des EU-Parlaments kontrovers diskutierten Themen während dieser Reise.

Auf Bundesebene hat sich die KASA außerdem zusammen mit anderen deutschen zivilgesellschaftlichen Organisationen in den vom Justizministerium ausgelösten Streit um die Zuständigkeit der Ratifizierung des Westafrika-EPAs eingebracht. Das Justizministerium sieht im Westafrika-EPA keinen politischen Vertrag, der dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden muss, sondern ein Regelwerk technischer Art, dessen Ratifizierung im Zuständigkeitsbereich des Bundeskabinetts liegt. Bundestagsabgeordnete der Opposition, aber auch einige der Regierungsparteien sehen in dieser Interpretation einen Vorstoß zur Beschneidung der Beteiligungsrechte des nationalen Parlaments bei allen gemischten völkerrechtlichen Handelsabkommen der EU. So beteiligte sich die KASA im Juli an dem von einem Bündnis von NROs verfassten Brief an den Bundestagspräsidenten mit der Aufforderung, das Recht des Parlaments zu verteidigen, sich mit dem Westafrika-EPA zu befassen.

Anfragen für Vorträge bezogen sich in diesem Jahr besonders auf Handelsfragen und die EPAs aus vorwiegend drei Gründen: Erstens weckten die laufenden Diskussionen um TTIP und CETA das Interesse der Öffentlichkeit auch an weiteren Freihandelsabkommen. In diesem Zusammenhang hat sich die KASA an der von Brot für die Welt und Attac Deutschland vom 23. September bis 10. Oktober 2015 organisierten Speakers Tour über die EPAs durch zehn deutsche Städte beteiligt.

Des Weiteren haben die in 2015 verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) zum Interesse beigetragen, denn am Beispiel der Verhandlungen um die EPAs, TTIP und weitere Freihandelsabkommen und deren mögliche Auswirkungen lassen sich einige der Schwächen der SDGs sehr gut zeigen. Diese sind in einem freiwilligen Rahmen entstanden, während die oben genannten Freihandelsabkommen mit weitreichenden Konsequenzen für die Zukunft der so genannten Entwicklungsländer völkerrechtlich bindend sein werden. So gesehen stellen die SDGs für die Zivilgesellschaft nur ein Ablenkungsdiskurs dar, solange es ihr nicht gelingt, auf Politikfelder wie Handel und Finanzströme so Einfluss zu nehmen. Diese und viele andere Politikfelder stehen in ihrer gegenwärtigen Gestaltung im eklatanten Widerspruch zu einigen der in den SDGs formulierten Ziele.

Ein dritter Zusammenhang zeigt sich in der Verschärfung der Flüchtlingsthematik. Die Zunahme der Zahl der Geflüchteten erzeugte ein Bedürfnis, sich vermehrt mit Fluchtursachen – und damit auch mit europäischer Handelspolitik – auseinanderzusetzen. Der (Welt)Handel spielt für die Schaffung, oder eher für die Zerstörung, von Lebensperspektiven in vielen Regionen, aus denen Geflüchtete kommen, eine zentrale Rolle. Die KASA hat in ihren Maßnahmen diese Zusammenhänge reflektiert.

Entschuldung im Südlichen Afrika: Rückkehr der Schuldenkrise

Auf Anfrage von Erlassjahr wurde angesichts der drohenden neuen Schuldenkrisen in Subsahara-Afrika eine Kooperationsveranstaltung[2] in Berlin geplant, zu der besonders Partnerschaftsgruppen und Initiativen eingeladen waren, die sich bereits in der Jubilee-Kampagne um das Jahr 2000 engagiert hatten. Ziel der Veranstaltung war, diese Gruppen wieder für das Thema zu gewinnen und eine Vernetzung in Gang zu setzen.

Im Zentrum stand neben einer Bestandsaufnahme der Ergebnisse der HIPC-Initiative, die vor 15 Jahren einen Schuldenerlass für viele Länder brachte, die Frage nach neuen Herausforderungen angesichts der diversifizierten Kreditlandschaft einerseits und nach möglichen Handlungsschritten für zivilgesellschaftliche Organisationen anderseits.

Der Wirtschaftswissenschaftler Fanwell Bokosi vom *African Forum and Network on Debt and Development* (AFRODAD, Simbabwe) erklärte in seiner Einführung, wie positiv sich die Entschuldung in vielen der ärmsten Länder ausgewirkt habe, da hierdurch Mittel für Sozialausgaben freigesetzt werden konnten. Seit 2009 allerdings zeichne sich wieder eine Anhäufung der Schulden ab. Die Staaten liehen verstärkt vom privaten Finanzmarkt, da einerseits aufgrund ihres Schuldenerlasses ihr Rating gestiegen und andererseits durch die Finanzmarktkrise viel Geld im Umlauf sei. Zudem, so Bokosi, steuerten heute viele Länder erneut auf eine Staatsschuldenkrise zu, da sie nach wie vor von schwankenden Rohstoffpreisen abhängig seien und ihre Währung wenig stabil sei. Die Frage, wie diese Schulden zurückgezahlt werden sollen, bliebe oft unbeantwortet.

Kristina Rehbein von Erlassjahr berichtete von dem Versuch, diesem neuen Verschuldungsproblem international durch ein Staaten-Insolvenzverfahren zu begegnen. Dieser Versuch, den die G 77-Staaten auf der UNO Generalversammlung im August zur Abstimmung brachten, scheiterte allerdings an den sechs Nein-Stimmen, zu denen unter anderem auch die deutsche Koalition gehörte. Genau hier, so Rehbein, könne die Zivilgesellschaft aktiv werden und die Bundesregierung auffordern, ihre Blockadehaltung aufzugeben.

Um möglichst intensiv und mit hoher Kompetenz über einzelne Staaten sprechen zu können, wurden die TeilnehmerInnen am Nachmittag in länderspezifische Arbeitsgruppen aufgeteilt. Boniface Samsoni Komba von der *Tanzanian Coalition on Debt and Development* und Geoffrey Chongo vom *Jesuit Centre for Theological Reflection* (JCTR Sambia) berichteten von der Gefahr neuer Schuldenkrisen in Tansania bzw. Sambia. Obwohl die Verschuldungsindikatoren in beiden Ländern noch im unkritischen Bereich liegen, lässt die Rate, mit der die Verschuldung durch die Kreditaufnahme am internationalen Kapitalmarkt wächst, eine drohen Schuldenkrise erahnen. In Sambia befürchtet die Zivilgesellschaft, dass die Regierung noch keine Vorstellung davon hat, wie die Eurobonds im Jahr 2024 bedient werden sollen. Deshalb versucht JCTR auch die Regierung dazu zu bewegen, weniger Kredite

Boniface Mabanza sprach im März auf dem Weltsozialforum in Tunis unter anderem über regionale Integration statt Freihandel.

Simone Knapp zusammen mit Erlassjahr beim Besuch der südafrikanischen Botschaft anlässlich der Schuldentagung in Berlin.

Teilnehmerin bei der Jubiläumsfeier von PLAAS (Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies) in Kapstadt,

Philani Zamchiya referiert bei der Tagung „15 Jahre Landreform in Simbabwe – Wo stehen wir heute".

aufzunehmen und gleichzeitig lokale Ressourcen zu mobilisieren. Doch dies scheitert wie so oft an der fehlenden Diversifizierung der Wirtschaft und der gewaltigen Macht der Bergbaukonzerne.

In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass zivilgesellschaftliches Engagement am erfolgreichsten ist, wenn die Zivilgesellschaften des Globalen Nordens und Südens gemeinsam an einem Strang ziehen. Handlungsoptionen stellen sich zum Beispiel insbesondere dann, wenn Deutschland in 2017 die Präsidentschaft der G20-Gruppe übernimmt. Vor Ort sind Transparenz und Rechenschaftspflicht wichtige Instrumente mit denen Zivilgesellschaft aktiv werden und zielführende Beratungsprozesse mit Regierungen anstoßen kann. Hier können ParlamentarierInnen aus dem Norden und Süden ebenso zusammenarbeiten und von zivilgesellschaftlicher Seite gebrieft werden.

Die Tagung, die mit rund 50 Teilnehmenden gut besucht war, fand gemeinsam mit dem NAD und mit Unterstützung von Brot für die Welt am 8. Oktober 2015 in Berlin statt.

Landfrage

FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika

Ausgehend von der Studie „Aufstand im Paradies" über den FarmarbeiterInnenstreik 2012 im Western Cape beschloss die KASA, sich intensiver mit der Situation der FarmarbeiterInnen in ihren Schwerpunktländern zu beschäftigen. Die Veröffentlichung einer entsprechenden Studie zur Situation in Südafrika durch die ILO zeigt, wie relevant dieses Thema inzwischen für die Debatte um die Landfrage geworden ist. Durch einen Antrag bei Engagement Global greift die KASA für zwei Jahre diese Problematik der FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika besonders intensiv auf. Dabei geht es einerseits um die Bestandsaufnahme der Situation der „Vergessenen", wie Thorsten Schütte in seinen zweiten Film über die Landfrage in Namibia die FarmarbeiterInnen bezeichnete, andererseits aber auch um Möglichkeiten, die Situation zu verbessern. Die Frage, ob und wenn ja, welche Rolle der Faire Handel dabei spielen kann, ist eine, der die KASA in Zusammenarbeit mit ihren Partnerorganisationen vor Ort nachgehen möchte. Zunächst wurden zwei Studien zu Simbabwe und Sambia und ein Feature über den Film zur Situation in Namibia in Auftrag gegeben. Die Studie zu Südafrika wird von der KASA selbst verfasst, da inzwischen viel Literatur dazu vorhanden ist, die

auf Deutsch zusammengefasst und bewertet wird. Erste Kontakte mit Fairhandelsorganisationen wurden gesucht und Gespräche geführt. Die Studie zu Südafrika sowie zwei weitere, die sich direkt auf den Fairen Handel mit Wein aus Südafrika beziehen, werden 2016 fertig gestellt.

Die Arbeit in diesem Bereich erforderte auch von der KASA viel Recherchearbeit und Abstimmung mit den Partnerorganisationen vor Ort. Gerade mit Südafrika war dies nicht einfach, da besonders Universitäten durch den Streik der Studierenden – deren Forderungen die KASA entschieden unterstützt – oft nicht arbeitsfähig waren und Anfragen liegen blieben.

Dwaal Net Rond – The Forgotten

Der Dokumentarfilm von Thorsten Schütte zeichnet den alltäglichen Überlebenskampf von Immanuel Xuagub nach, einem arbeitslosen Landarbeiter in Namibia der versucht, ihm gesetzlich zustehende staatliche Hilfeleistungen zu beantragen, um sich und seine Familie aus dem Strudel ausgrenzender Armut zu befreien. Auf dem Weg durch den Behördendschungel wird allerdings klar, dass es nicht ausreicht, seine Rechte zu kennen – es braucht ebenso Zugang und Wissen, um diese auch vor dem Gesetz geltend zu machen.

Die KASA bietet im Rahmen ihrer Aufklärungsarbeit über FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika den Film zum Verleih für Kinos und Organisationen an, um auch hier in Deutschland auf die Situation von namibischen FarmarbeiterInnen aufmerksam zu machen. Zwar drehte Thorsten Schütte den Film vor allem für den namibischen Kontext, gerade deshalb bietet *Dwaal Net Rond* aber einen umso direkteren Zugang zur Thematik. Der Film ist so ehrlich wie er nur sein kann, da er eben nicht auf dramaturgische Stigmatisierung zurückgreift, sondern konfrontativ die Hemmnisse und Hürden namibischer FarmarbeiterInnen aufzeigt.

Die KASA war daher sehr bemüht, den Film in deutsche Kinos zu bringen – doch leider hielt sich die Resonanz in Grenzen. Im Dezember 2015 zeigte die KASA gemeinsam mit Thorsten Schütte den Film in Heidelberg. Das Publikum setzte sich vorwiegend aus Netzwerken Namibia-Interessierter und persönlichen Kontakten zusammen. Die soziale Sicherung namibischer FarmarbeiterInnen bleibt ein Nischenthema, dem es entweder einem vergleichsweisen hohen Werbe- und Kampagnenaufwand bedarf oder im Zirkel ohnehin schon Interessierter bleibt.

„15 Jahre Landreform in Simbabwe – Wo stehen wir heute"[3]

In Zusammenarbeit mit dem Zimbabwe-Netzwerk und der Friedrich-Ebert-Stiftung fand am 15. und 16. Mai 2015 in Bonn dieses Seminar statt und war mit rund 50 Teilnehmenden sehr gut besucht.

Der Politikwissenschaftler Philani Zamchiya beschäftigte sich in zwei Vorträgen mit grundlegenden politischen Strömungen und deren Auswirkungen auf die Landreform ebenso wie mit der konkreten Lebenssituation der Landbevölkerung. Mithilfe genauer und kenntnisreicher Analysen zeigte er auch positive, vornehmlich aber kritische Aspekte der Landreform auf. Er sprach dabei von physischer und struktureller Gewalt als zentrale Kennzeichen der Landreform und sezierte das Unvermögen der Regierung, neue Farmer angemessen zu unterstützen. Zamchiya benannte als wichtigstes Gesamtziel die Entpolitisierung der Landwirtschaft – was vom entsprechenden politischen Willen abhinge. Insgesamt gäbe es weiterhin Raum für Wandel in Simbabwe und die Bevölkerung müsse auf den vorhandenen Erfolgen – wie etwa der vorbildlichen Verfassung – aufbauen und von unten konstanten Druck auf die Regierenden ausüben.

Für Dr. Prosper B. Matondi, Agrarwissenschaftler und Geschäftsführer des *Ruzivo Trust*, ist die Fast-track-Landreform ein Faktum, hinter das es kein Zurück gebe. Die triumphale Regierungsrhetorik spiegle aber nicht die tatsächlichen Verhältnisse wider. Es sei unstrittig, dass von der Umverteilung viele profitierten und profitieren werden, doch vor allem die Verlierer blieben unsichtbar. Das seien vor allem die Frauen sowie die ehemaligen FarmarbeiterInnen. Für die weitere ländliche Entwicklung Simbabwes sei es wichtig, sich klarzumachen, dass eine vernünftige Landpolitik nach einem so massiven Umsturz des Bestehenden einen langen Atem braucht. Die Herausforderungen liegen auf allen Ebenen: Landnutzungsplanung, Besitzverhältnisse, Valorisierung von Grund und Boden, Entschädigungen für Enteignungen, Schlichtungsmechanismen bei Streitigkeiten, Technologie und Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung sowie Beratung. Ein multi-sektoraler Ansatz sei notwendig, der nicht nur die praktischen Probleme auf dem Land und im Agrarsektor, sondern auch Fragen der Regierungsführung und der Verwaltungsstruktur angehe. Matondi sprach sich deutlich für eine kleinbäuerliche Landwirtschaft aus, die langfristig Ernährung sichern könne. Es brauche kein Agro-business mit externer Finanzierung – die Mittel können vielmehr im Land selbst akquiriert werden.

Soziale Sicherung

Die KASA setzt sich nach wie vor für die Idee und Umsetzung eines Bedingungslosen Grundeinkommens ein. Grund dafür sind nicht zuletzt die positiven Ergebnisse des Pilotprojektes in Namibia, das die KASA seit Beginn politisch begleitet hat. Die KoordinatorInnen werden immer wieder als ExpertInnen für das Projekt in Deutschland zu Vorträgen eingeladen. Leider ist die Koalition in Namibia, die das Projekt auch politisch voranbringen und Lobbyarbeit bei der dortigen Regierung betreiben sollte, derzeit sehr schwach und als Partner quasi nicht existent.

VENRO AG

Die KASA ist Teil der von VENRO eingesetzten Arbeitsgruppe „Soziale Sicherung" und versucht dort, auch im deutschen Kontext für das universelle Grundeinkommen zu werben. Obwohl die Arbeitsgruppe verhältnismäßig wenige Mitglieder zählt, gelang es ihr im vergangenen Jahr ins Gespräch mit ReferentInnen von Abgeordneten im Bundestag über die Bedeutung von sozialer Sicherheit in der Entwicklungszusammenarbeit zu kommen. Das Gespräch in Berlin fand große Resonanz. Auch den vom BMZ einberufenen Runden Tisch Soziale Sicherheit konnte die AG aktiv mitgestalten und mit den Abteilungen in einen ersten Austausch über die Forderungen aus dem im letzten Jahr entstandenen Positionspapier[4] eintreten. Hierbei wurde deutlich, dass gerade der menschenrechtliche Ansatz noch viel zu wenig Beachtung in der Praxis findet, sodass hier ein weiterer Diskurs nötig ist. Als Ergebnis des Studientags von 2014, an dem die KASA besonders mit Rückblick auf die Erfolge des Pilotprojekts in Namibia das universelle Grundeinkommen als Strategie zur Armutsbekämpfung vorstellte, kann die nun positive Einschätzung des BMZ zu diesem Thema gewertet werden: Der zuständige Referent im BMZ für soziale Sicherheit betonte, dass, sollte eine Partnerregierung Unterstützung bei der Einführung eines Grundeinkommens anfragen, die Bundesregierung dem positiv gegenüber stehen würde. Dies werten wir als konkreten Lobbyerfolg der KASA und wird sich auf die Strategie für 2016 auswirken müssen. Erste Gespräche mit der namibischen Botschaft, um diese neue Haltung der Bundesregierung zu vermitteln, wurden bereits geführt.

BIG Namibia

Seit im März Hage Geingob zum Präsidenten gewählt wurde, erhielten die Hoffnungen auf eine langfristige Umsetzung des bedingungslosen Grundeinkommens in Namibia neue Nahrung. Befeuert wurde diese Hoffnung zudem durch die Bekanntgabe, dass der Minister für das neu geschaffene Ministerium zur Ausrottung der Armut Altbischof Zephania Kameeta sein würde, der wie kein anderer in Namibia für das Grundeinkommen steht. Ein Teil der Recherchearbeit der KASA bezog sich auf die von der Regierung umgesetzten Maßnahmen und Projekte, die sich in Newsletter-Artikeln und Vorträgen, unter anderem an der Universität Wien und bei der Strategiekonferenz der europäischen Katholischen Arbeitnehmerbewegung EBCA in Straßburg, niederschlug. Außerdem bedient die KASA die Facebook-Seite zum BIG in Namibia[5].

Die KASA begleitet des Weiteren zwei Studentinnen bei ihrer Masterarbeit zur Wirkung und Nachhaltigkeit des Grundeinkommens in Namibia auf die Arbeitsmarktsituation.

Weitere Themen

Alternativen angesichts neoliberaler Globalisierung

Angesichts der nicht enden wollenden Krisen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells empfinden immer mehr Menschen die Notwendigkeit, über Alternativen nachzudenken. Die KASA beteiligt sich an dieser Suche nach Alternativen und versucht die Perspektiven aus dem Südlichen Afrika in die hiesigen Auseinandersetzungen um große Transformation einzubringen. Die KASA versteht diese Suche nach Alternativen nicht als einen zusätzlichen Bereich ihrer Arbeit, sondern als eine Querschnittsperspektive, welche die Analysen aller ihrer Themenbereiche umrahmt. So gesehen spiegelt sich die Suche nach Alternativen als Querschnittsperspektive in allen Aktivitäten wider, die die KASA zu Handels- Land, Entschuldungs- und Rohstofffragen durchführt. Darüber hinaus bekommt die KASA nach wie vor Anfragen von Organisationen und Gruppen, die sich grundsätzlich mit Grundprinzipien einer alternativen Weltordnung auseinandersetzen. Ein Beispiel für 2015 ist die vom Zentrum für Information und Bildung in Unna im September organisierte Abendveranstaltung zum Thema „Eine andere Welt ist möglich. Alternativen angesichts neoliberaler Globalisierung auf dem Prüfstand." Im Zentrum dieser Veranstaltung stand das von KASA 2009

erarbeitete Grundsatzpapier über „Alternativen angesichts neoliberaler Globalisierung." Ein weiteres Beispiel eines Forums, welches die KASA seit mehreren Jahren ermöglicht, diese Querschnittsperspektive zu thematisieren, ist die Projektwoche „Wirtschaft anders denken" der Münchner Waldorfschulen. 2015 hat sich die Projektwoche mit dem Thema „Wirtschaft und/oder Freiheit" beschäftigt, bei dem die KASA einen Workshop mit dem Titel „Für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens" anbieten konnte.

Platin und die deutsche Industrie

Das Massaker von Marikana, das in der Ausstellung „Wir werden uns Gehör verschaffen" thematisiert wird, hat eine starke Verbindung zwischen Deutschland und Südafrika ins Bild gerückt: BASF gilt als einer der Hauptabnehmer des Platins, welches das britische Unternehmen Lonmin in Marikana fördert, um damit unter anderem Katalysatoren herzustellen. Dieser Zusammenhang wurde von der KASA aufgegriffen und genutzt, um eine Debatte um die Glaubwürdigkeit von Lieferkettenverantwortung in der deutschen Industrie anzustoßen. Dafür ist ein Zweijahresprojekt in Kooperation mit Maren Grimm und Jakob Krameritsch vom Institut für Kunst- und Kulturwissenschaften der Akademie der Bildenden Künste Wien konzipiert worden. Es fanden zwei Vernetzungstreffen mit ausgewählten AkteurInnen in Berlin und Mannheim statt, um über das Projekt zu informieren und Maßnahmen für 2016, wie eine Speakers Tour mit Beteiligung der Witwen von Marikana und der Khulumani Support Group sowie deren Auftritt bei der Aktionärsversammlung von BASF, zu planen.

Partnerschaftsarbeit

Auch in 2015 hat die KASA viele Partnerschaftsgruppen in ihrer Qualifizierungsarbeit begleitet. Wie jedes Jahr konzipierte das KASA-Team mit den Verantwortlichen unserer Trägerorganisation EMS (Evangelische Mission in Solidarität) die Südafrika-Partnerschaftstagung und war an deren Durchführung beteiligt. Neu in der Partnerschaftsarbeit der KASA ist die Mitwirkung an zwei Bildungsmaßnahmen von Trägerorganisationen der Freiwilligen-Programme. Auf diesem Gebiet zeichnet sich die Möglichkeit einer langfristigen Kooperation ab: Viele Träger des Freiwilligen-Programms haben großes Interesse daran, Analysen zu strukturellen Fragestellungen, wie sie in der Arbeit der KASA vorkommen, stärker in ihre Qualifizierungsmaßnahmen zu integrieren.

Simone Knapp spricht über das universelle Grundeinkommen bei der Tagung „Würdige Arbeit in einer solidarischen Wirtschaft", die von der Europäischen Bewegung Christlicher ArbeitnehmerInnen EBCA in Straßburg organisiert worden war.

Boniface Mabanza beim Nürnberger Konvent für das Menschenrecht auf Nahrung durch die Bewahrung der biologischen Vielfalt.

Süd-Süd-Vernetzung in Durban bei Sinani. Das KASA-Team unterstützt das Projekt Bokamoso beim Aufbau eines Kulturzentrums.

Stimmen aus der Partnerschaftsarbeit der 1980er und 1990er Jahre bei der EMS-Tagung

Ein spannendes Projekt bildet die Kooperation mit dem Moko-Chor in Heidelberg, die in Ratanda und Heidelberg/Südafrika mit einer dortigen neu gegründeten Organisation ein Zentrum mit aufbauen wollen, um den sozialen Wandel in dem Township besser begleiten zu können. Die KASA wird die Konzeption des Projekts sowie die Zusammenarbeit des Chores mit dem Projekt beratend begleiten und vor allem das breite Netzwerk in Südafrika für Kontakte und Kooperationen nutzbar machen.

Auch in der Käthe-Kollwitz-Schule in Bruchsal fand wieder ein Vorbereitungsworkshop mit SchülerInnen statt, die ihre Partnerschule in Südafrika besuchen wollten. Für solche Gruppen eignen sich die persönlichen Geschichten der Witwen von Marikana besonders gut, da sie viel Raum auch für die Aufarbeitung der Apartheid-Vergangenheit bieten und gleichzeitig die SchülerInnen in den Alltag der Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas mit hinein nehmen.

Afrika neu denken[6]

Die Konferenz „Afrika neu denken" hat zum dritten Mal in Folge in Frankfurt a. M. stattgefunden. Wie jedes Jahr war die KASA an der Konzeption und Durchführung dieser Konferenz beteiligt. Mehr als 120 Teilnehmende beschäftigten sich mit dem Thema „Dekolonialitäten 130 Jahre nach der Berliner Konferenz". Zu den Referierenden gehörte der renommierte kongolesische Historiker Elikia Mbokolo, der seine langjährigen Erfahrungen in Lehre, Forschung und in der journalistischen Arbeit im Zusammenhang mit der afrikanischen Geschichte in den Dienst der diesjährigen Konferenz stellte. Seine Analysen halfen den Teilnehmenden, Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der afrikanischen Geschichte seit der Berliner Konferenz wahrzunehmen und zu diskutieren. Kontinuitäten wurden dort festgestellt, wo koloniale Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster unter alten oder neuen Gewändern die Wirklichkeit in Afrika heute noch prägen. Bildung ist ein Bereich, in dem diese Kontinuitäten bei der Konferenz exemplarisch gezeigt wurde. Ein anderes Beispiel ist der Bereich der Handelsbeziehungen, auf die die Herrschaftsstrategien der Kolonialmächte konzentriert wurden, nachdem diese Kolonialmächte ab den 1960er Jahren gezwungen waren, im Zuge der Entkolonialisierungsprozesse die am Ende der Berliner Konferenz etablierten politischen Strukturen aufzugeben. Dass diese Entkolonialisierungsprozesse in den meisten Ländern symbolischer Natur blieben, zeigen die heute noch herrschenden Wirtschaftsstrukturen, welche die Länder Afrikas in der Rolle

von Rohstofflieferanten zementieren und viele afrikanische Ökonomien auf ausländische Nutznießen ausrichten, mit dem einzigen Unterschied, dass an die Stelle von Kolonialstaaten deren Konzerne getreten sind. Die sich seit 2002 in Verhandlungen befindenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) der EU mit den afrikanischen Ländern sind ein eindeutiges Beispiel vom Überleben des Geists der Berliner Konferenz. Die KASA konnte diesbezüglich ihre Expertise zu den EPAs in diese Konferenz einbringen. Über die viel diskutierten Kontinuitäten hinaus setzten sich auch die Teilnehmenden mit Dekolonialitäten auseinander. Diese wurden in Momenten von Widerständen und von Dekolonialisierung von Köpfen, Strukturen und Institutionen in der afrikanischen Geschichte gesehen. Auch in der Gegenwart finden befreiende Projekte eine Fortsetzung in allen Initiativen, die auf verschiedenen Ebenen versuchen, das koloniale Denken zu überwinden.

Vernetzungsarbeit

Vernetzung geschieht bei der KASA einerseits quasi „zwischen den Zeilen", andererseits in formalen Zusammenhängen. Zu letzterem gehört die Mitarbeit im Beirat der KOSA (Koordinierung Südliches Afrika), bei der die KASA Mitglied ist sowie im Afrika-Beirat der Trägerorganisation EMS (Evangelische Mission in Solidarität).

Das Vermitteln von Kontakten für Solidaritäts- oder kirchliche Gruppen in die Schwerpunktländer der KASA geschieht ebenfalls in vielfältiger Weise: durch telefonischen und/oder elektronischem Austausch von Informationen, bei Workshops und Tagungen. Besonders interessant war in diesem Jahr die intensive Arbeit mit FairhandelsberaterInnen, die die KASA zu einem Vorbereitungsworkshop für ihre geplante Südafrikareise einluden. Dies passte auch inhaltlich besonders gut zu dem Schwerpunkt über die FarmarbeiterInnen und die Unterschiede in deren Lebens- und Arbeitsbedingungen auf Weinfarmen in Südafrika. Dadurch konnte ein erster direkter Kontakt zum Fairen Handel aufgebaut und das Anliegen der KASA, nämlich die kritische Beleuchtung des Fairen Handels, diskutiert und präzisiert werden.

Zimbabwe Europe Network ZEN

Die KASA ist nach wie vor Mitglied des ZEN *(Zimbabwe Europe Network)* und inzwischen auch im Vorstand aktiv. Wie jedes Jahr hat das ZEN auch 2015 eine große Tagung in Brüssel organisiert, an der VertreterInnen der simbabwischen und europäischen Zivilgesellschaft sowie BotschafterInnen der EU, Großbritanniens und der Niederlande teilgenommen haben. Thema der Tagung war die Normalisierung der Beziehungen zwischen Simbabwe und der EU und die mögliche Wiederaufnahme Simbabwes in die strukturelle Förderung durch den Europäischen Entwicklungsfonds. ZEN war 2015 auch damit beschäftigt, sich neu zu strukturieren, da die finanziellen Zuwendungen der niederländischen Organisationen, die bis jetzt die Hauptlast der Förderung von ZEN getragen haben, im Zuge der Kürzungen der staatlichen Entwicklungsfinanzierung zurückgefahren wurden. Die ZEN-Mitglieder, darunter die KASA, sind gefordert, in ihren jeweiligen nationalen Kontexten nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, um die Finanzierung des Netzwerkes auf eine sichere Basis zu stellen.

SADC People's Summit 2015[7]

Unter dem Motto *Reclaiming SADC for People's Development: SADC Resources for SADC People* fand vom 15. bis 16. August 2015 in Gaborone/Botswana das *People's Summit* statt. Wie jedes Jahr kamen die Teilnehmenden aus verschiedenen SADC-Ländern. Die KASA nimmt seit 2009 an diesem wichtigen regionalen Vernetzungs- und Strategietreffen teil, weil viele ihrer Partnerorganisationen aus den vier Schwerpunktländern bei diesem Forum anwesend sind und alle KASA-Themen auf der Agenda stehen. Mittlerweile gehört auch die KASA zu den Organisationen, die sich an Überlegungen beteiligen, um eine neue strategische Ausrichtung des *People's Summit* in die Wege zu leiten. Anstatt zu viele Ressourcen dafür zu verwenden, Forderungen an die Politik zu formulieren, sollte sich das Forum stärker darauf konzentrieren, Strategien zur Mobilisierung der Basisgruppen in den jeweiligen SADC-Ländern zu entwickeln. Diese Basisgruppen könnten den nötigen Druck von unten erzeugen, welche Kurskorrekturen im Blick auf alle relevanten Politikfelder bewirken, mit denen sich das *People's Summit* seit Jahren beschäftigt.

2 http://tinyurl.com/ht6vzgw
3 http://tinyurl.com/gptt4gu
4 http://tinyurl.com/jn4ehw8
5 https://www.facebook.com/Basic-Income-Grant-in-Namibia-BIG-210777598944581/?ref=hl
6 Alle Vorträge und Podiumsdiskussionen der Konferenz sind unter http://www.afrika-im-zentrum.de/videos.html zu sehen.
7 http://tinyurl.com/jqgkn3a

Ausstellungseröffnung anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus in der Kleinen Kirche Karlsruhe.

Mervyn Abrahams von PACSA eröffnet die Ausstellung „So leben wir – Alltag in Kwazulu Natal" in Frankfurt.

Wir werden uns Gehör verschaffen

Im August 2012 spitzt sich der Streik der Minenarbeiter bei Lonmin in Marikana/Südafrika zu. Es sterben Arbeiter und Sicherheitskräfte. Schließlich wird der Streik durch die Polizei mit Gewalt beendet. 34 Minenarbeiter werden erschossen, teils durch Schüsse in den Rücken. Am 31. März 2015 übergab die Untersuchungskommission, die von Präsident Zuma nach dem Massaker von Marikana eingerichtet wurde, ihren Abschlussbericht an die südafrikanische Regierung. Doch der Bericht bringt, vor allem für die Hinterbliebenen der Opfer, weder die ersehnte Aufklärung mit sich noch werden hinreichende Konsequenzen gezogen (Vgl. KASA Newsletter Nov/ 2015). Umso wichtiger ist es für die KASA, weiterhin über die Bedeutung der Ereignisse und deren Aufklärung zu informieren. Denn nach wie vor hat sich in Marikana kaum etwas verändert: Die Arbeiter in den Lonmin-Minen sind noch immer von ausgrenzender Armut betroffen, ohne Strom und fließendes Wasser, sind chronisch unterbezahlt und arbeiten unter menschenunwürdigen Bedingungen. Den Gehaltsforderungen des Streiks kam Lonmin nicht nach, einklagbare Reparationen sind nicht angedacht und Verantwortliche für die 34 Tode lassen sich auch nach der Veröffentlichung des Untersuchungsberichts noch immer nicht benennen.

In einem von *Khulumani Support Group* organisierten therapeutischen Workshop haben die Hinterbliebenen der Opfer in sogenannten *Bodymaps* ihren Schmerz und die Ereignisse vom 16. August 2012 aufgearbeitet. Die Bilder sind seit 2014 in der Ausstellung „Wir werden uns Gehör verschaffen" zu sehen. Die Ausstellung fand großes Interesse in deutschen Städten: In Heidelberg war sie zunächst im Welt-Haus, später in der Wicherngemeinde Kirchheim während einer Veranstaltungsreihe zu Südafrika zu sehen und Ende des Jahres stellte die VHS sie in ihren Räumen aus. In Karlsruhe wurde die Ausstellung im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus gezeigt. Die KASA war an der Eröffnung sowie an einem musikalischen Abendgottesdienst beteiligt. In Schorndorf wurde zur Ausstellungseröffnung der Dokumentarfilm *Miners shot down* gezeigt. Der preisgekrönte Film dokumentiert, mit welcher Brutalität die Polizei in Marikana vorging und wie schwer eine Aufklärung der Sachverhalte aufgrund der Verstrickung hoher politischer Funktionäre sich gestaltet. Durch eine Einführung sowohl in die Ausstellung als auch in den Film bzw. durch die anschließende Möglichkeit zur Diskussion konnte die KASA mehr Verständnis für den

Kontext und die Tragweite der Ereignisse in Südafrika erwecken.

In 2016 wird sie in Mannheim während der Aktionärsversammlung der BASF, in Bad Wissen und Bad Rappenau sowie Hermannsburg anlässlich der Partnerschaftstagung des Ev.-lutherischen Missionswerkes in Niedersachsen(ELM) ausgestellt werden.

So leben wir – Alltag in KwaZulu Natal

Im Juli diesen Jahres eröffnete die KASA gemeinsam mit PACSA *(Pietermaritzburg Agency for Community Social Action)*, einer langjährigen Partnerorganisation, die sich in Südafrika und besonders in der Provinz KwaZulu-Natal für soziale Gerechtigkeit einsetzt, und dem renommierten südafrikanischen Fotografen Cedric Nunn die Wanderausstellung „So leben wir – Alltag in KwaZulu-Natal" in der ESG Frankfurt. Vermittelt und in Auftrag gegeben wurde die Konzeption der Wanderausstellung von Brot für die Welt.

Die Ausstellung umfasst 28 Fotografien, die das Leben in Südafrika thematisieren. Noch immer sind, auch zwanzig Jahre nach der Einführung der Demokratie, soziale Ungleichheit, Armut und Korruption in Südafrika allgegenwärtig. Aber schaut man in KwaZulu-Natal genauer oder vielleicht auch mal anders hin, prägen neue Formen der Solidarität, welche die Menschen dort für sich entdecken und ausprobieren, den Alltag mit. Sie warten nicht mehr auf die Regierung oder auf die Kommunalbehörden, sondern machen es ihr vor und auf lokaler Ebene nehmen sie selbst ihr Schicksal in die Hand. Cedric Nunn hat diese Gestaltungsmacht eingefangen und vermittelt diese eindrücklich in seinen Bildern. Ein von der KASA konzipierter und verfasster Ausstellungskatalog setzt die Bilder in Beziehung und vermittelt die nötigen Hintergrundinformationen zur Situation in Südafrika im Allgemeinen und KwaZulu-Natal im Besonderen.

Die Ausstellung war dieses Jahr bereits in Frankfurt, Schwäbisch Hall, Berlin und Basel zu sehen und wurde von der KASA auch inhaltlich mit Vorträgen begleitet. Viele BesucherInnen waren eingenommen von den Bildern und haben in interaktiven Aktionen Botschaften für die Menschen in KwaZuluNatal und für PACSA formuliert. Diese Botschaften wird die KASA gebündelt an PACSA weitergegeben.

Auch für das neue Jahr ist die Ausstellung fast schon ausgebucht: Sie wird in Oldenburg, Ingolstadt, Bad Rappenau und Bad Winsen sowie Darmstadt zu sehen sein.

Ausblick

2016 stehen für Südafrikas Erinnerungskultur viele bedeutende Ereignisse bevor: 20 Jahre sind es her, seit die Wahrheits- und Versöhnungskommission ihre Arbeit aufgenommen hatte. 40 Jahre sind seit dem Aufstand von Soweto vergangen, welcher von der Apartheidpolizei mit großer Brutalität niedergeschlagen wurde. An diese Ereignisse zu erinnern, erhält in der aktuellen Situation Südafrikas, in dem das so genannte *Unfinished Business* der Wahrheits- und Versöhnungskommission nach wie vor den Alltag prägt, eine große Brisanz. Die KASA wird die Auseinandersetzungen um diese Ereignisse in Südafrika in einem Kontext zunehmender ökonomischer Instabilität begleiten und die laufenden Projekte zur „Situation der FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika", zu „Platin und die deutsche Industrie" sowie zu Handelsfragen im Lichte der Bedeutung dieses Gedenkens reflektieren. Besonders im Blick auf das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen kann das Jahr 2016 jetzt schon als entscheidend bezeichnet werden, denn die EU und die SADC haben beschlossen, das Abkommen spätestens im Juni in Gaborone (Botswana) zu unterzeichnen. Ob die notwendigen Schritte zur Ratifizierung auch in diesem Jahr eingeleitet werden, ist noch offen. Für die KASA wird es von großem Interesse sein zu beobachten, ob und was die Partnerorganisationen, die vor allem zu Beginn der Verhandlungen intensiv zu den EPAs arbeiteten, im Blick auf die bevorstehenden Unterzeichnung und Ratifizierung initiieren werden.

Darüber hinaus wird das Jahr 2016 weiter spannende Diskussionen um die Anerkennung des Völkermords in Namibia und die daraus resultierenden Konsequenzen mit sich bringen, die die KASA analysieren und soweit möglich, sich einbringen wird. Wie diese Debatte mit der um die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens gekoppelt und koordiniert werden kann, wie sie sich gegenseitig beeinflussen oder behindern werden, wird einer der Schwerpunkte in der Namibiaarbeit der KASA sein.

In Simbabwe befindet sich die Regierung angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise des Landes immer mehr unter Druck, Reformen einzuleiten, die westliche Investitionen ermöglichen sollen. Diese Reformen sollen auch Simbabwe ermöglichen, vollständig in die strukturelle Kooperation mit der EU aufgenommen zu werden. Wie es für Simbabwe in seinen Beziehungen nicht nur zur EU und zu den USA, sondern auch zur Weltbank und zum Internationalen Währungsfonds weitergeht und wie sich diese Beziehungen nach außen auf die internen Machtkämpfe um die Nachfolge Mugabes auswirken werden, wird die KASA vor allem im Rahmen des europäischen Netzwerkes ZEN beschäftigen.

Für Sambia steht das Jahr 2016 unter dem Vorzeichen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und der Konsolidierung der Demokratie. Die Wahlen von Januar 2015 wurden durch den Tod des amtierenden Präsidenten Michael Sata im Oktober 2014 notwendig. Der aus diesen Wahlen hervorgegangene Präsident Edgar Lungu hatte gemäß der Verfassung nur den Auftrag, die Legislaturperiode des verstorbenen Präsidenten zu Ende zu bringen. Neue Wahlen sind für den 11. August geplant. Wie in allen Wahljahren, werden viele Partnerorganisationen mit dem Wahlprozess beschäftigt sein. Zu beobachten wird sein, ob die diesjährigen Wahlen zum Anlass genommen werden, um die lang ersehnte neue Verfassung voranzubringen, welche nicht nur das aktuell geltende teure Wahlsystem verändern, sondern auch zur Landfrage, zum Bergbausektor und zu einem menschenrechtsbasierten Ansatz im Blick auf soziale Sicherheit neue Impulse setzen soll.

Nomarussia Bonase und ihre Gogos empfangen das KASA-Team.

Weinberge im Western Cape

Boniface Mabanza vor Zeitungsberichten der Ereignisse von Marikana, die Benchmarks Foundation in ihrem Büro dokumentiert hat.

Pietermaritzburg setzt ein Zeichen gegen fremdenfeindliche Attacken.

KASA-Reise ins Südliche Afrika 19. April bis 10. Mai 2015

Die diesjährige Dienstreise führte das KASA-Team nach Südafrika, Simbabwe und Sambia. Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf Südafrika, weil die Landfrage ein zentrales Anliegen der diesjährigen Reise war und hierfür KASA über ein Netzwerk von Akteuren in Kapstadt verfügt, die für die Abstimmung der bevorstehenden Aufgaben in diesem Themenbereich zu aktivieren galt. Die wichtigsten Ergebnisse und Erlebnisse sind im KASA Newsletter 2/2015. nachzulesen:

International Symposium on Global Agrarian Change an der Universität von Kapstadt

Während der diesjährigen Dienstreise durch das Südliche Afrika hat das KASA-Team anlässlich des 20-jährigen Jubiläums vom *Institute for Poverty, Land and Agrarian Studies* (PLAAS) an dessen *„International Symposium on Agrarian Change in the 21st Century: Processes and Politics"* teilgenommen, das am 22. April an der Universität von Kapstadt abgehalten wurde. Die folgenden Zeilen fassen die wichtigsten Eindrücke dieses Tages zusammen.

Südafrika debattiert über einen Mindestlohn

Die Einführung eines nationalen Mindestlohns in Südafrika zählt zu Präsident Zumas Wahlversprechen. Die Diskussion wird im Land auf verschiedenen Ebenen geführt und reicht vom Mindestlohn über ein Existenzminimum, einer menschenwürdigen Entlohnung bis hin zu einem universellen Grundeinkommen. Die zentrale Frage dabei ist nach wie vor, mit welchen Mitteln Armut und Ungleichheit behoben werden können.

Ratanda – Die Zukunft liegt in unserer Hand

Seit vielen Jahren besteht eine musikalische Beziehung zwischen dem deutschen Heidelberg und seiner kleinen Schwester Heidelberg in Südafrika nahe Johannesburg. Die Moko-Chöre und der *Lesedi Show Choir* unter der Leitung von Thabang Mokoena üben regen Austausch. Jetzt soll die Beziehung ausgebaut werden, um ein Kulturzentrum in Südafrika aufzubauen. Die KASA ist als Partner gefragt, dieses Projekt zu begleiten und mit relevanten Akteuren zu vernetzen. Auf der diesjährigen Dienstreise besuchte das Team Heidelberg und

das Township Ratanda, aus dem die Mitglieder des Lesedi-Chores stammen.

Gogos' Forum – Großmütter in Eastrand verändern die Gesellschaft

Das Gogos' Forum gehört zur *Khulumani Support Group* in East Rand und ist ein Zusammenschluss älterer Frauen, die sich gemeinsam um ihre Gemeinschaft kümmern wollen. Mit einem innovativen Projekt haben sie einen Preis gewonnen. Doch im Zentrum ihres Engagements steht, dass sie sich über gängige Tabus hinwegsetzen und dadurch für eine wirkliche Veränderung in ihrer Gemeinschaft sorgen.

Simbabwe: Der Sieg, der keiner ist

Die politische Landschaft in Simbabwe war sehr lange von Machtkämpfen zwischen zwei Fraktionen geprägt, die um die Nachfolge Mugabes konkurrierten. Nachdem die vom jetzigen Vizepräsidenten der ZANU-PF und des Landes Emmerson Mnangagwa geführte Fraktion im Dezember die Oberhand gewann und die langjährige Vizepräsidentin Joyce Mujuru ihre Ämter in Partei und Regierung abgeben musste, glaubten viele SimbabwerInnen an das Ende der langjährigen Blockade innerhalb der Regierung. Verändert hat sich nichts.

Weitere Länder- und themenspezifische Anmerkungen:

Südafrika

Landfrage – FarmarbeiterInnen

KASA plant im Rahmen ihres FEB-Projekts zur Situation der FarmarbeiterInnen im Südlichen Afrika drei Studien für dieses Jahr, in denen Südafrika eine zentrale Rolle spielen wird. Für den Fokus auf Südafrika in diesen Studien ist KASA auf ihre langjährige Partnerschaft mit TCOE angewiesen. Das erste Sondierungsgespräch mit TCOE im Blick auf das neue Projekt hat die Relevanz der bevorstehenden Studie bereits gezeigt. Aus den dem TCOE vorliegenden Informationen geht hervor, dass die Arbeitsbedingungen der FarmarbeiterInnen fast überall im Land katastrophal sind, dass es aber keine FarmarbeiterInnengewerkschaft außerhalb von Western Cape gibt. Viele FarmarbeiterInnen, die heute etwa 40 Jahre alt sind, stammen aus Mosambik in Limpopo und überquerten bereits mit 15 /16 Jahren die Grenze. Die Frage nach einer Strategie für eine menschenwürdige Entlohnung ist eines der zentralen Probleme, denn zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen die niedrigsten Jahresgehälter bei 20.000 Rand.

Südafrikas Landwirtschaft weist eine diversifizierte Produktion auf. Western Cape baut vor allem Früchte und Wein für den Export an, während Eastern Cape und andere Provinzen für den lokalen Markt produzieren.

In Western Cape operiert der *Wine Industry Ethical Trust* (WIETA), eine Selbstinitiative der Weinproduzenten mit dem Ziel, Arbeitsnormen zu definieren und umzusetzen. In einem partizipativen Projekt gemeinsam mit der Universität von Kapstadt sollen FarmarbeiterInnen trainiert werden, ihre eigenen Geschichten zu dokumentieren, um einen Vergleich zwischen den WIETA-, den Fair Trade- und CSAAWU Farmern herstellen zu können.

Darüber hinaus unterstützt TCOE die FarmarbeiterInnen, die mit Gewalt auf den Farmen konfrontiert sind, mit einem SMS Service. Dieser ermöglicht es, alle Misshandlungsfälle zu dokumentieren, die Communities zu vernetzen und diese in Kontakt mit Menschenrechtsorganisationen zu bringen. Dank diesem Service wurden Mordfälle auf Farmen bekannt.

Selbst von WIETA Farmen werden Fälle rassistischer und sexistischer Diskriminierung gemeldet, von den Arbeitsbedingungen der Saisonarbeiter ganz zu schweigen. Dass die Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Farmen katastrophal sind, weiß die FarmarbeiterInnen-Gewerkschaft CSAAWU nur zu gut. Auch sie hat KASA während des Aufenthalts in Kapstadt besucht und sie berichtete darüber, wie sie zum einen unter fehlenden Kapazitäten leidet und zum anderen nach zwei verlorenen Prozessen gegen Farmbesitzer unter Druck geraten ist. Diese Prozesse haben viel Energie gekostet und der Gewerkschaft fehlt es an Geld für eine Berufung auf der nächsten Instanz und setzt die Hoffnung jetzt in *Socio-Economic Rights Institut of South Africa* (SERI) für die Übernahme dieser Fälle und die Mobilisierung finanzieller Ressourcen. Trotz dieser verlorenen Prozesse fühlt sich die Gewerkschaft in ihrem Engagement bestätigt und fährt dieses durch die Rekrutierung neuer und Vernetzung alter Mitglieder über Soziale Medien fort. Mit anderen Gewerkschaften hat CSAAWU vor, WETA im Blick auf die Sozialstandards herauszufordern. Gegenüber ihren Mitgliedern will CSAAWU das Engagement verstärken, damit diese das Arbeitsrechtsystem besser kennenlernen, sich besser vernetzen und mobilisieren. Dafür

bräuchte die Gewerkschaft selbst mehr Kapazitäten sowohl was Logistik und Infrastruktur angeht als auch personeller Art. Genau da liegt das Problem dieser kleinen Gewerkschaft: Nur die wenigsten FarmarbeiterInnen sind gewerkschaftlich organisiert und diejenigen, die Mitglieder sind, sind viel zu arm, um die Gewerkschaft finanziell tragen zu können. Und solange Gewerkschaften wie CSAAWU ums Überleben kämpfen, bleibt die in der Verfassung verankerte Versammlungsfreiheit ein Traum, zumal die FarmarbeiterInnen in einem Umfeld arbeiten, das aufgrund der langjährigen Geschichte der Unterdrückung von Angst geprägt ist. Diese Unterdrückung geht fort und betrifft heute besonders Frauen und MigrantInnen. Beide Gruppen sind einer schamlosen Ausbeutung ausgesetzt.

Um das Thema Land ging es auch beim Austausch mit *Economic Justice Network*. EJN ist an einem EU-Projekt beteiligt, das in Kooperation mit Oxfam und Organisationen aus 27 Ländern, darunter Mexiko und Indien, durchgeführt wird. Ernährungssouveränität und Land bilden eine der Säulen dieses Projektes neben Steuergerechtigkeit und Krankenversicherung. Das Projekt untersucht Möglichkeiten für die Integration der KleinproduzentInnen im Markt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen angesichts neuer Herausforderungen

Angesichts der sich zuspitzenden Herausforderungen in Südafrika sind viele Organisationen dabei, ihre eigene Arbeit zu überdenken. Dazu gehören PACSA und *Church Land Programm*, aber auch *Diakonia Council of Churches*. PACSA sieht ihre Rolle mehr und mehr in der Unterstützung der *Community Organizers*. Ausgangspunkt war eine Recherche über „Food Price Barometer", die deutlich machte, dass Südafrika eine Niedriglohnökonomie ist, mit allen Konsequenzen, die damit zusammenhängen im Blick auf Bildung, Ernährung, Gesundheit etc. Diese Recherche machte auch deutlich, dass das Existenzminimum angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und der Tatsache, dass oft mehrere Familienmitglieder vom Gehalt einer Person leben, nicht ausreicht. Daher die Notwendigkeit einer Restrukturierung der ökonomischen Architektur und auf lokaler Ebene einer Restrukturierung der städtischen Tarifstrukturen. Es braucht Räume und Plattformern in der Stadt, wo Menschen zusammenkommen und darüber reflektieren, wie eine neue Gesellschaft aussehen kann und was es bedarf angesichts der bestehenden Machtverhältnisse. Dabei wird es sowohl um eine notwendige Wiedererfindung der Demokratie und die Rolle der Theologie in diesem Prozess gehen müssen. Als zentral in dieser theologischen Reflektion hat sich die Frage herauskristallisiert, von welchem Standpunkt aus eine Organisation wie PACSA spricht? Entwickelt sich der Diskurs aus der Bevölkerung heraus? Kommen die Strategien für die Überwindung der Krisensituationen von Unterdrückten? Wie kann es gelingen, die Klage über die fehlenden kirchlichen Stimmen zu überwinden und diese selbst durch die Nutzung der eigenen Handlungsspielräume anzustoßen? All diese Fragen zeigen, dass Solidarität die zentrale Kategorie der Arbeit sein muss – dies gilt sowohl für die Beziehungen von PACSA zu den leidenden Gemeinschaften als auch für die Nord-Süd-Beziehungen. Gemeinschaften versuchen diese Solidarität zu leben, indem sie alternative Projekte für die Produktion von Nahrungsmitteln anstoßen. Sie versuchen zu den *basics* zurückzukehren. Für PACSA bedeutet die Begleitung solcher Prozesse, den Entwicklungsdiskurs neu zu denken und die Basis der politischen Räume neu zu evaluieren. Eine Lektion hat sich in diesem Prozess bereits herauskristallisiert: „Sometimes not doing something can also be powerfull."

Sowohl Diakonia als auch PACSA geht es darum, lokalen Initiativen und Gruppen zur Seite zu stehen und ihren Prozess der Armutsbekämpfung oder bei Einkommen schaffenden Maßnahmen aktiv zu begleiten. Diakonia arbeitet dabei eng mit *Sinamandla*[1] zusammen, die in ländlichen oder semiurbanen Dörfern vor allem Frauen dabei unterstützt, sich mit eigenen, in dem Umfeld sinnvollen, Projekten aus der Armutsfalle zu befreien. PACSA helfen dabei die in den letzten Jahren aufgebauten sehr intensiven Beziehungen zu einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und das dabei entstandene Vertrauen. Beratung und Begleitung in Solidarität ist an die Stelle von Projektarbeit getreten.

Auch das CLP *(Church Land Programme)* beschäftigt sich intensiv mit der Reflektion des Post-Apartheid-Südafrika. Für CLP ist der Umgang mit der ungerechten Vergangenheit zentral. Dies zeigte sich zuletzt bei den so genannten Xenophobie-Attacken: Was ist der fruchtbare Boden für solche Entwicklungen? Graham Philpotts Analyse zufolge hatte Südafrika die Mentalität der Apartheid nicht überwunden. Weiße SüdafrikanerInnen haben es geschafft, sich aus der Verantwortung zu stehlen und beteiligen sich nicht am Aufbau einer neuen Gesellschaft. Sie nutzen die staatliche Maschinerie zum Schutz ihrer Privilegien. Es gab Erwartungen an den Staat im Blick auf die Landfrage, die er nicht erfüllen konnte und zu einer tech-

nokratischen Frage degradierte. Es gibt nach wie vor keine wirkliche Mobilisierung, keine autonome Stimme von Landlosen zur Landfrage. Gleichzeitig kontrollieren private Unternehmen in Kooperation mit traditionellen Strukturen immer mehr Ländereien für den Rohstoffabbau und zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen. Was kann gemacht werden, wenn die Menschen in ländlichen Gebieten derart unter Druck geraten? Welche Art von Widerstand ist notwendig, wenn neue Dynamiken dazu führen, dass Zugang zu Land für die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung immer schwieriger wird, weil die Politik überzeugt ist, dass nur Agrobusiness und Mining profitabel sind und diese Aktivitäten nur für Weiße und Eliten möglich sind? Es gibt immer mehr Explorationen und Investitionen in Kohleförderung, wie die *Ibuto Coal Mining* zeigt. Eine Suche nach Modellen, die inklusiv und nachhaltig sind, gehört nicht zur politischen Agenda. Wie ist es möglich, Solidarität unter den Leidenden zu bilden? Die Gewerkschaften orientieren sich an der formellen Beschäftigung und adressieren somit nur 20 bis 30 Prozent der SüdafrikanerInnen. Was ist mit den FarmarbeiterInnen, den alten wie den neuen? Für 70 Prozent der SüdafrikanerInnen geht es nach wie vor darum, für das Recht zu kämpfen, überhaut Rechte zu haben, denn nur rund 20–30 Prozent haben tatsächlich Zugang zu den in der Verfassung garantierten Rechten. Rasse und Klasse spielen immer noch eine zentrale Rolle. Das herrschende System marginalisiert Menschen und zivilgesellschaftliche Organisationen wollen den Widerstand der Betroffenen nicht wahrnehmen, geschweige denn sich damit zu solidarisieren. Deswegen ist es im Kontext von Südafrika wichtig, die Nähe zu den Armen zu suchen und zu pflegen und von einer gesunden Distanz zu Hierarchien aus zu agieren, die versuchen, die Armen zu kontrollieren. Und auch hier ebenso wie bei der Fragen nach Solidarität wird die Bedeutung von Plattformen, von Räumen thematisiert, um über die Theorie des Wandels nachzudenken und praktisch anzugehen.

Das KASA-Team konnte an einer landesweiten Videokonferenz zum Thema Mindestlohn in Pretoria teilnehmen, die *South Africa Women in Dialog* organisiert hatte.

Zambia Land Aliance Mitarbeitende und das KASA-Team besprechen in Lusaka die geplante Studie über die FarmarbeiterInnen.

Simbabwe

In Simbabwe kreisten die Gespräche vor allem um die Landfrage, *Civic Education* und Bergbau.

Seit die neue Verfassung Simbabwes in Kraft getreten ist, haben viele Organisationen Bewusstseinsbildung betrieben, damit die BürgerInnen diese Verfassung besser kennenlernen, um für ihre Rechte besser eintreten zu können. Zu diesen Organisationen gehören ANSA, SCMZ und der *Christian Action Trust/Zimbabwe*. SCMZ konzentriert sich auf studentische Milieus, CAT/Zimbabwe versucht seit seiner Gründung in ländlichen Gebieten zu arbeiten und dort ein Netzwerk von Geistlichen zu bilden, die in ihren Kirchen als Agenten der Aufklärung über die durch die neue Verfassung eröffneten Rechte und Handlungsspielräume agieren. ANSA hat ein landesweites Projekt konzipiert, das sich zum Ziel gesetzt hatte, eine sozioökonomische Aufklärung zu betreiben und eine ähnliche Mobilisierung der Basisgruppen anzustoßen, wie jene, die zur Gründung der MDC geführt hatte. Alle drei Organisationen leiden unter den Restriktionen, die mit dem politischen und ökonomischen Umfeld in Simbabwe zusammenhängen. ANSA musste aufgrund des Ausstiegs einiger europäischer Träger bereits MitarbeiterInnen entlassen. Wenn es nicht gelingt bis Ende des Jahres, eine Finanzierung zu akquirieren, um das nationale sozio-ökonomische Empowerment Programm umzusetzen, ist es nicht auszuschließen, dass der Sitz der ANSA in Simbabwe geschlossen und ANSA als regionales Programm nach Gaborone in Botswana umgesiedelt wird. Dies wäre schade nicht nur für Simbabwe, sondern auch für viele Organisationen in Europa, welche zu Simbabwe arbeiten und in sozioökonomischen Fragen auf die Expertise von ANSA angewiesen sind.

Der Diamantensektor in Simbabwe befindet sich in einer Produktivitätskrise: alluviale Diamanten werden immer seltener und die im Moment operierenden Firmen haben weder das Knowhow noch die Technologie, um tiefer bohren zu können. Die Regierung will sie zur Fusion zwingen, was das Problem nicht lösen würde. Unabhängig davon lehnt die Bevölkerung aufgrund ihrer Methoden alle Firmen ab, die derzeit in Marange operieren. Melanie Chiponda von *Chiadzwa Community Trust*, die letztes Jahr mit uns im Diamantengebiet unterwegs war, hat ein *Community Biocultural Protokoll* durchgeführt, dessen Ziel darin besteht, denen mit externen Stakeholders konfrontierten Communities zu helfen, ihre Natur zu schützen und ihre Rechte zu verteidigen. Diese Recherche zeigte, dass die Betroffenen über mehr Wissen über die Geschichte, über das Wertesystem und die Strukturen der Dorfgemeinschaften verfügen, als generell angenommen wird. Sie habe den Gemeinschaften ermöglicht, ihre eigenen Geschichten zu schreiben, ihr Leben von vor der Inbetriebnahme der Bergbauaktivitäten zu dokumentieren und zu reflektieren. Die Schlussfolgerungen dieser Studie zeigen deutlich, Rohstoffabbau zerstört die Existenzgrundlagen der Menschen und ihre Kultur.

Der *Chiadzwa Community Trust* will zusammen mit anderen Gemeinschaften eine *Mining Communities Coalition* bilden, um die anstehenden Anpassungen der Bergbaugesetze an die neuen Verfassung zu beeinflussen. Wenn die Indigenisierung ernst gemeint ist und zur Förderung ökonomischer Möglichkeiten der Mehrheiten in ländlichen Gebieten beitragen will, sollte sie Kleinbergbau erlauben und fördern.

Die Landfrage und die Debatte um die Situation der FarmarbeiterInnen diskutierten wir mit dem *Rusivo Trust*, der Recherchen, Advocacy und Politikberatung zu Landfragen macht. Der *Rusivo Trust* berät u.a. die seit sechs Jahren arbeitende *Land Working Group*, die aus Vertretern der EU, den Niederlanden, Großbritannien, Australien, Kanada und Frankreich besteht. Die Regierung wollte und will nicht mit ihr verhandeln, vor allem nicht über Landbesitz, Kompensationen für Enteignungen und Gestaltung der Rahmenbedingungen im Blick auf Landpolitik. Der Trust vermittelt zwischen der *Land Working Group* und der Regierung. Vor diesem Hintergrund analysiert Prosper Matondi sowohl die Lancaster Verfassung im Blick auf Land als auch die *Fast Track Landreform* sehr kritisch. Die erste, weil sie den Zugang der SimbabwerInnen zu Land für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und für ihre Ernährungssouveränität nicht im Blick hatte und die zweite, weil sie trotz ihrer Berechtigung politisch missbraucht wurde.

Eine der Opfergruppen der *fast track land reform* sind die FarmarbeiterInnen. Da die meisten nicht gewerkschaftlich organisiert waren ist es schwierig, ihre Zahl zu genauer zu beziffern und es wurde und wird viel spekuliert. Heute arbeiten die FarmarbeiterInnen in unterschiedlichen Sektoren und nur fünf Prozent von ihnen haben Land erhalten. Zum Teil leben sie immer noch auf den alten Farmen, manche sind in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt. In Simbabwe werden im Moment nur 40 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen genutzt, vor allem, weil es keine Förderungen mehr gibt. Außerdem macht die beschränkte Funktionsfähigkeit des

Bankensektors den Zugang zu Kapital und Krediten quasi unmöglich.

Zu den Herausforderungen, die die simbabwische Gesellschaft im Blick auf die Landfrage noch zu bewältigen hat, zählen folgende:

- Kompensation der FarmarbeiterInnen, die ihre Lebensgrundlagen verloren haben oder der Hinterbliebenen. Die Regierung argumentiert, dass dies Aufgabe der kommerziellen FarmerInnen sei. Doch diese reklamieren selbst Kompensationen und sind zum Teil im Ausland.
- Konfliktschlichtung und -beilegung: es gibt keine spezifischen Mechanismen dafür. Das Justizwesen wird politisch gesteuert und ist für viele Menschen nicht wirklich zugänglich.
- Aufarbeitung und Neuordnung des Landverwaltungssystems: Land Audit, Kataster, Grundbuchordnung, Konzeption und Umsetzung einer Landwirtschaftsstrategie.
- Strategische Neuausrichtung: Dafür bedarf es einer schonungslosen Analyse der Erfahrungen der letzten Jahre und aller Optionen von Landverwaltung, die es in der Welt gibt, um die beste Option für den simbabwischen Kontext ausarbeiten zu können.

Sambia

Die beiden in Sambia vorherrschenden Themen für das KASA-Team waren einerseits die Landfrage in Bezug auf die Studien zu den FarmarbeiterInnen, andererseits die Schuldenfrage angesichts der anstehenden Tagung in Zusammenarbeit mit Erlassjahr.de[2].

Zur Landfrage knüpften wir an der Studie zu Landgrabbing[3] an und trafen uns sowohl mit Eugene Kabilika von Caritas als auch mit *Zambia Land Alliance*.

Caritas arbeitet nach wie vor mit FIAN zu diesem Thema zusammen, konnte aber bisher die für unterschiedliche Auftraggeber gemachten Studien zum Landgrabbing nicht zusammenführen.

Wir konnten bei einer internen Tagung von ZLA zum Thema *Church and Land issues* teilnehmen, in der katholischen und der evangelikalen Kirche einige kleinere Denominationen vertreten waren, nicht aber der *Council of Churches Zambia* CCZ. Kabilika forderte die Kirchen auf, sich des Themas anzunehmen im Kontext von Amos und dem Erlassjahr und für den Schutz der Armen zu sorgen, also eine aktive Rolle einzunehmen. Es wurde beschlossen, das Thema stärker in die Breite zu tragen und sowohl vorhandene Gremien wie auch Radiostationen dafür zu nutzen.

In einem anschließenden Gespräch mit der Direktorin Nsama Nsemiwe und den MitarbeiterInnen von ZLA wurde überlegt, ob eine kleine Nachfolgestudie über die Landnutzung in Mpika gemacht werden könnte, um herauszufinden, wie die Situation nach Ende des Projektes mit Ferrostahl aussieht. Darüber hinaus stellte die KASA ihr Projekt mit den Farmarbeitern vor und bat ZLA zu überlegen, ob und wie sie sich an der Studie beteiligen könnten. Außerdem weist Nsemiwe uns auf die deutsche Agrarfirma *Amatheon Agri*[4] hin, die Land im großen Stil erworben haben[5] und auch mit arbeitsrechtlichen Problemen zu kämpfen haben.

Im Gespräch mit Andrew Simpasa von JCTR *(Jesuit Centre for Theological Reflection)* erfuhren wir, dass Simbabwe wieder in Richtung einer Schuldenkrise schlittert, sollten die 2012 und 2014 unterzeichneten Eurobonds nicht mittelfristig umgeschuldet werden. Die Frage, woher das Geld zur Rückzahlung kommen soll stellt sich besonders vor dem Hintergrund der Rücknahme der Steuererhöhung im Bergbausektor. Hier gab Präsident Lungu dem enormen Druck von Seiten der Unternehmen nach. Sie drohten einerseits, sich aus Sambia zurückzuziehen, da der Abbau bei höheren Steuern nicht mehr rentabel sei, andererseits drohten sie indirekt damit, dass der Kwacha weiter an Wert verlieren würde, wenn sich die Regierung hier nicht bewege. Nach wie vor ist die Wirtschaft Sambias vom Bergbau abhängig, denn sie wurde nicht diversifiziert. Im Gegensatz zu Eugene Kabilika, der wenig Vertrauen in Präsident Lungu setzt, sieht Simpasa in Lungu eine Chance für Sambia, da er „zwar ein bisschen naiv aber insgesamt doch pragmatisch und eher technokratisch ist und weniger politische Spielchen treibt." Allerdings sind seit dem Regierungswechsel 2012 sowohl die Korruptionsbekämpfung als auch die Verfassungsreform nur schleppend vorangekommen.

Simone Knapp, Boniface Mabanza, Juli 2015

1 http://www.sinamandla.org.za/background.html
2 http://woek.de/web/cms/front_content.php?idart=2749
3 http://woek.de/web/cms/front_content.php?idcat=64&idart=2398
4 http://www.amatheon-agri.com/
5 http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/13_12_FIAN_Sambia_DE.pdf

Publikationen 2015

- KASA-Newsletter 1 (März 2015), 2 (Juli 2015) und 3 (November 2015).
- KASA: Jahresbericht 2014, Heidelberg, Februar 2015, 22 Seiten.
- Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (Hg., 2015): So leben wir – Alltag in KwaZulu-Natal, Heidelberg, Mai 2015, 24 S.
- Knapp, Simone (2015): Der Fall Sambia: Rückkehr der Schuldenkrise. In: Indaba 88/15 S.14, Wien Dezember 2015.
- Knapp, Simone (2015): Die Linke in Südafrika formiert sich neu: Numsa und die UF. KOSA Info 53, Mai 2015, S. 4
- Mabanza, Boniface(2015): „Du sollst nicht töten (…) Diese Wirtschaft tötet. Zur Krise des gemeinschaftlichen Engagements, in: Klaus Krämer/Klaus Vellguth (Hg.), Evangelii Gaudium. Stimmen der Weltkirche; Theologie der Einen Welt, Herausgegeben in Kooperation mit missio Aachen, Band 7, Herder, 2015.
- Mabanza, Boniface(2015): Die EPA-Verhandlungen in 2014 und heute. In Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung, 2/2015, S. 33-34.
- Mabanza, Boniface(2015): Freier Handel – fairer Handel? EU-Offensive im globalen Süden. In Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, Resultate 2 (2015), S. 5-7.
- Mabanza, Boniface(2015): Mich fasziniert der Kampfgeist afrikanischer Literatur. In Südzeit 66 (September 2015), S. 6-7.
- Mabanza, Boniface(2015): Paradox des Überflusses. Außenansicht der kongolesischen Heimat. In Ingelore Haepp und Jörg Nowak (Hrg.), DR Kongo: Der Krieg, die Frauen und unsere Handys: missio, Fachstelle Menschenrechte, 2015, S. 83-87.

Titelbild: Mitglieder der Khulumani Support Group Eastrand
bei einem Workshop mit dem KASA-Team

Rückseite: Mandela Capture Site KwaZulu Natal
Songtext von Johnny Clegg

Impressum

Text & Redaktion:
Simone Knapp, Boniface Mabanza, Katrin Mauch

KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika
Im WeltHaus Heidelberg
Willy-Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg

Telefon: (06221) 4 33 36-12
Telefax: (06221) 4 33 36-29
E-Mail: kasa@woek.de

Bankverbindung:
KASA c/o Werkstatt Ökonomie
GLS Bank
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE39 4306 0967 8018 8516 00

www.kasa.woek.de

Heidelberg, Januar 2016

Konzept & Layout:
Bettina Bank, Heidelberg

Druck: Sonnendruck, Wiesloch

Asimbonanga
Asimbonang' uMandela thina
Laph'ekhona
Laph'ehfeli khona

Wir haben ihn nicht gesehen
Wir haben Mandela nicht gesehen
Dort wo er ist
Dort, wo er gefangen gehalten wird